

Niederschrift
über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am 14.01.2025

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Alexandra Heckeroth

Herr Marcus Kleinkes

Herr Dr. Matthias Kulinna

Herr Andreas Rüther

Ausschussvorsitzender

SPD

Frau Roswitha Lammel

Herr Lars Nockemann

Frau Miriam Welz

Herr Milan Kendal Yakut

bis 18:40 Uhr

Stellv. Ausschussvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Lisa Brockerhoff

Herr Cim Kartal

Frau Hannelore Pfaff

Die Linke

Frau Astrid Lehmann

FDP

Herr Jan Maik Schliffler

Die PARTEI

Herr Jan Schwarz

AfD

Frau Heliane Ostwald

Beratende Mitglieder

Herr Cihad Kefeli

Herr Michael Menzhausen

Herr Tim Seidel

Frau Katharina Tweeboom

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jasper Schneider

Herr Kai Wittler

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus
Frau Beckmann
Herr Poetting
Herr Seifert
Herr Bilke
Frau Jockheck
Frau Zellermann
Frau Süme

Dezernat 2
Amt für Schule
Amt für Schule
Stab Dezernat 2
Amt für Schule
Amt für Schule
Amt für Schule
Schriftführung Schule

Gäste

Frau Mühlenmeier
Frau Özcan

Schulamtsdirektorin
Fachberatung Integration

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 2 öffentliche Sitzung Sport

-.-.-

Zu Punkt 2.1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 08.10.2024 Nr. 51/2020-2025

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil Sport der 51. Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 08.10.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 19.11.2024 Nr. 53/2020-2025

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil Sport der 53. Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 19.11.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Mitteilungen

Zu Punkt 2.3.1 Umbesetzung im SchA

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Anfragen

Keine

-.-.-

Zu Punkt 2.5 Anträge

Keine

Zu Punkt 2.6 Konversion in Bielefeld – Zwischennutzung der ehem. Rochdale Kaserne in 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9178/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.7 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Kein Bericht

Zu Punkt 3 öffentliche Sitzung Schule

Als Anmerkung zur Tagesordnung beantragt Hr. Kleinkes (CDU) 1. Lesung für den TOP 3.6.3 „Schüleranmeldeverfahren an den Grundschulen zum Schuljahr 2025/26“ (DS-Nr. 9222/2020-20252) und den TOP 3.7 „Errichtung eines vierzügigen Gymnasiums am Standort Herforder Straße 182-194 (ehemaliges Gelände Seidensticker) zum 01.08.2026“ (DS-Nr. 9309/2020-2025). Dies sei eine Beschlussvorlage, die erst nach Beratungen der Bezirksvertretungen in den nächsten Tagen weitergeführt werden könne. Das Einbringen der Vorlage heute diene lediglich als Diskussionsgrundlage.

Zu Punkt 3.1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 08.10.2024 Nr. 51/2020-2025

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 08.10.2024 Nr.51/2020-2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 19.11.2024 Nr. 53/2020-2025

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 19.11.2024 Nr. 53/2020-2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.3.1 Temporäre Modulbauten an Schulen

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

Zu Punkt 3.3.2 Sachstand zur schulischen Versorgung von Seiteneinsteigern (Flüchtlinge und Zuwanderer)

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von dem Sachstand.

Zu Punkt 3.3.3 DigitalPakt Schule 2.0 – Eckpunktepapier des Bundes und der Länder

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

Zu Punkt 3.3.4 Veröffentlichung Klassenbesetzungslisten Schuljahr 2024/2025

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

Zu Punkt 3.3.5 Aktueller Stand "Haus des Handwerks"

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

Aufgrund der Kurzfristigkeit der Mitteilung wurde diese von Hr. Beigeordneten Dr. Witthaus verlesen.

Zu Punkt 3.4 Anfragen

Keine

Zu Punkt 3.5 Anträge

Keine

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Bericht zur Schulentwicklungsplanung

Zu Punkt 3.6.1 Berichtsmatrix zu Schulbaumaßnahmen

Hr. Schlifter (FDP) erkundigt sich, ob die Verwaltung eine Kostenschätzung für den Seidensticker Campus vorliegen habe, und fragt zudem nach der verkehrsplanerischen Begleitung des Projekts. Er möchte hierzu wissen, ob ein Zeitplan existiere, da ihm keiner bekannt sei.

Fr. Beckmann (Amtsleitung) erläutert, dass mit Beschlussfassung zum Seidensticker-Campus (s. Sitzung vom 13.02.2024, Ds. 7293/2020-2025) die Verwaltung beauftragt wurde, einen Entwicklungsplan für den Campus zu erstellen, der diese Fragestellungen mit abarbeitet. Der Entwicklungsplan wird voraussichtlich Mitte des Jahres vorliegen. Die Federführung liegt hier beim Bauamt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Beschlussvorlage.

-.-.-

Zu Punkt 3.6.2 Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen hier: Grundschule Heeperholz (Pos. 93, städtisches Bauprogramm)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9079/2020-2025

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Beschlussvorlage.

-.-.-

Zu Punkt 3.6.3 Schüleranmeldeverfahren an den Grundschulen zum Schuljahr 2025/26; hier: Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9222/2020-2025

Herr Kleinkes (CDU) weist darauf hin, dass noch nicht alle Bezirksvertretungen über die Vorlage (9222/2020-2025) entschieden hätten. Die Beratungsreihenfolge sei somit ungünstig und er beantrage daher 1. Lesung.

Fr. Welz (SPD) nimmt Bezug auf den gestellten Änderungsantrag und beantragt - insoweit eine Abstimmung stattfinden sollte - die getrennte

Abstimmung über die einzelnen Punkte in der Beschlussvorlage. Sie regen an, den im Änderungsantrag aufgeführten Punkt um die noch tagenden Bezirke zu erweitern. Sie beantragt ebenfalls 1. Lesung und für die Bezirke, welche bereits getagt haben, einen Beschluss zu fassen. Der Punkt 4 des Änderungsantrags der Koalition sei als Arbeitsauftrag für die Verwaltung zu werten.

Hr. Schlifter (FDP) meldet sich zu Wort und möchte fragen, ob die Vorlage die dauerhafte Reduzierung der Zügigkeit an der Osningschule beinhalte. Er sei überrascht darüber, dass in einem funktionierenden Schulsystem die Zügigkeit herabgesetzt werden sollte. Er plädiere ebenfalls für eine 1. Lesung und demzufolge für eine Sondersitzung des Schul- und Sportausschusses zur Beschlussfassung in dieser Angelegenheit nach Entscheidung aller Bezirksvertretungen. Einem Vorabbeschluss für die Bezirksvertretungen, die bereits getagt haben, stimme er nicht zu.

Fr. Beckmann (Amtsleitung) stellt klar, dass die Reduzierung der Zügigkeit für die Osningschule nur für das Schuljahr 2025/26 gilt.

Hr. Beigeordneter Dr. Witthaus betont die Notwendigkeit, ausstehende Bezirksvertretungssitzungen abzuwarten, und plädiert auch für eine Sondersitzung.

Hr. Rüter (Ausschussvorsitzender) erläutert zur weiteren Verfahrensweise, dass die vorliegende Beschlussvorlage. Sofern der 1. Lesung zugestimmt wird, wird ein Sondersitzungstermin festgesetzt. Die Mitteilung mit den bisherigen Ergebnissen aus den Bezirksvertretungen wird zur Kenntnis genommen.

Fr. Welz (SPD) meldet sich zu Wort und möchte den vierten Punkt des Änderungsantrags hervorheben. Sie bittet Fr. Beckmann (Amtsleitung), die Befristung der Regelzügigkeit in der Vorlage festzuhalten.

Fr. Brockerhoff (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich Herrn Schlifter (FDP) an und wünscht eine Klarstellung, warum die Verwaltung die Regelung mit der Zügigkeitsminderung in dieser Form vorgeschlagen habe.

Fr. Beckmann (Amtsleitung) führt dazu aus, dass die Anpassung der Regelzügigkeiten der Osningschule dazu beitragen soll, benachbarte Grundschulen zu stärken. Es liegt der Verwaltung eine Genehmigung für die Errichtung der Grundschule Sieker vor, die beinhaltet, dass an dem Standort mind. 50 SuS pro Jahrgang für die Dauer von fünf Jahren nachgewiesen werden müssen. Aktuell liegen 31 Anmeldungen für die Grundschule Sieker vor. Bei Unterschreitung der Mindestschüleranzahl, muss damit gerechnet werden, dass die Bezirksregierung die Genehmigung für diese Schule widerruft. Die Schülerzahlprognosen der Ganzheitlichen Schulentwicklungsplanung belegen, dass die Schule Sieker erforderlich ist. Ferner befindet sich der Schulneubau an der Oldentruper Str./gegenüber Einmündung Meisenstraße bereits in Planungsphase 3. Fr. Beckmann (Amtsleitung) erläutert ferner, dass an der Osningschule diverse SuS angemeldet sind, für die eigentlich die Grundschule Sieker die wohnortnächste Schule sei.

Hr. Schlifter (FDP) hinterfragt das Risiko rechtlicher Auseinandersetzungen bei Ablehnung der SuS.

Fr. Beckmann (Amtsleitung) erläutert, dass der Schulträger nach der VO zu § 93 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG NRW) Anzahl und Verteilung der Eingangsklassen festlegt. Der Richtwert ist die kommunale Klassenrichtzahl.

Hr. Kartal (Bündis 90/Die Grünen) spricht sich dafür aus, die Osningschule mit ihrer Zügigkeit so zu belassen wie sie ist.

Hr. Nockemann (stellv. Ausschussvorsitzender) gibt zu bedenken, dass die Osningschule Planungssicherheit benötige und plädiert ebenfalls dafür zunächst die Entscheidungen aller Bezirksvertretungen abzuwarten.

Hr. Seidel (Stadtelternrat e.V.) äußert Bedenken, dass eine Begrenzung der Zügigkeit die Planbarkeit für Eltern reduziere.

Fr. Lehmann (Die Linke) kritisiert, dass bereits vor der Ausschusssitzung Informationen an die Presse gelangt seien, obwohl noch kein Beschluss zu TOP 3.6.3 gefasst wäre. Sie bittet die Verwaltung, der Presse mitzuteilen, dass ein Termin für eine Sondersitzung erfolge.

Hr. Rüter (Ausschussvorsitzender) hält eine weitere Mitteilung an die Presse für nicht erforderlich, da die Einladung zur Sondersitzung bereits hinreichend über den weiteren Verlauf informiere.

Im Laufe der Diskussion über den Antrag der Koalition wird Punkt 1 nicht zur Abstimmung gestellt und Punkt 4 als Arbeitsauftrag für die Verwaltung gewertet. Diesem Vorschlag folgt der Ausschuss einstimmig.

Der Ausschuss nimmt in 1. Lesung Kenntnis von der Beschlussvorlage.

-.-.-

Zu Punkt 3.7

Errichtung eines vierzügigen Gymnasiums am Standort Herforder Straße 182-194 (ehemaliges Gelände Seidensticker) zum 01.08.2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9309/2020-2025

Fr. Beckmann (Amtsleitung) führt aus, dass die Verwaltung wie bereits in der Sondersitzung vom 19.12.2024 angekündigt, dem Ausschuss einen Errichtungsbeschluss zur Beratung vorlegt, welcher Grundlage für das Genehmigungsverfahren bei der Aufsichtsbehörde sein wird. Nach der Beschlussfassung durch den Rat wird die Verwaltung den Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung einreichen. Laut Auskunft der Bezirksregierung wird das Genehmigungsverfahren ca. 8-10 Wochen in Anspruch nehmen. Die neue Schule ist dann gegründet, wenn ein rechtskräftiger Genehmigungsbescheid aus Detmold vorliegt. Das Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2026/27 wird dann im Frühjahr 2026 beginnen.

Hr. Kleinkes (CDU) fordert Klarheit über den Verbleib des Gymnasiums am Waldhof (GaW) sowie die Frage, ob das Gymnasium am Seidensticker Campus vier- oder sechszügig bleiben werde.

Fr. Beckmann (Amtsleitung) weist darauf hin, dass am Standort Seidens-

ticker im Rahmen von schulorganisatorischen Maßnahmen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren Mehrklassen gebildet werden können, um mögliche weitere Bedarfe dort abzubilden, falls sich herausstellen sollte, dass an einem Standort ein Zug nicht mehr realisierbar wäre.

Hr. Schlifter (FDP) zeigt sich besorgt, dass die Zügigkeit des GaW nicht garantiert werden könne und plädiere gegen eine Festlegung der Vierzügigkeit.

Fr. Welz (SPD) plädiert dafür die Vorlage zu beschließen. Sie weist darauf hin, dass neben der Zügigkeitsfrage auch die Frage der Sanierung des Gymnasiums am Waldhof berücksichtigt werden müsse.

Hr. Kleinkes (CDU) halte an seinem Standpunkt fest und beantragt die 1. Lesung.

Hr. Beigeordneter Dr. Witthaus weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Eintragung des Hauses des Handwerks in die Denkmalliste von der Aufsichtsbehörde gefordert worden ist. Er stellt klar, dass bislang keine abschließende Entscheidung getroffen wurde, die eine Richtung für die Erhaltung oder die Beseitigung des Gebäudes vorgibt.

Fr. Brockerhoff (Bündnis 90/Die Grünen) spricht Hr. Beigeordneten Dr. Witthaus ihren Dank für die Klarstellung aus und fragt die Verwaltung, nach der Dringlichkeit einer Beschlussfassung in dieser Angelegenheit.

Fr. Beckmann (Amtsleitung) antwortet, dass der Beschluss so frühzeitig wie möglich zu fassen ist, um ausreichend Vorlaufzeit für die organisatorische Planung der Schule zu generieren.

Fr. Lehmann (Die Linke) kritisiert die von Hr. Beigeordneten Dr. Witthaus verlesene Mitteilung und betont die Verantwortung gegenüber den SuS, Eltern und Lehrkräften, insbesondere zur Deckung des Bedarfs und zur Werbung für das inklusive Gymnasium am Waldhof.

Fr. Welz (SPD) äußert sich zu diesem Thema und schließt sich Fr. Lehmann (Die Linke) an. Sie fordert, dass an dem Standpunkt des Gymnasiums am Waldhof festgehalten werde. Sie unterstütze die 1. Lesung, lehne jedoch weitere Verzögerungen ab.

Hr. Schlifter (FDP) empfiehlt, einen Ausweichplan zu erstellen, falls die geplante Zügigkeitserweiterung am Waldhof nicht realisierbar sei.

Hr. Kleinkes (CDU) betont die Unterstützung der CDU für die Renovierung des Waldhofs, weist jedoch darauf hin, dass keine Zusicherungen zur Zügigkeit gemacht werden könnten.

Für die CDU stellt Hr. Kleinkes (CDU) folgenden Änderungsantrag:

1. Die Ziffer 2 insoweit zu verändern, dass das Gymnasium am Standort Herforder Straße 182-194 als sechszügige anstatt vierzügige gebundene Ganztagschule geführt werden soll.

Des Weiteren wird von Hr. Kleinkes (CDU) ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, soweit eine Abstimmung erfolgen würde, eine getrennte

Abstimmung für die Ziffern 1,3,4 & 5 und 2 & 6 vorzunehmen.

Der Ausschuss nimmt in 1. Lesung Kenntnis von der Vorlage.

-.-.-

Zu Punkt 3.8

Herkunftssprachlicher Unterricht (HSU) im Schuljahr 2024/2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9226/2020-2025

Fr. Mühlenmeier (Schulamtsdirektorin Förderschulen) und Fr. Özcan (Fachberatung Integration) stehen den Ausschussmitglieder für Rückfragen zur Verfügung.

Hr. Schlifter (FDP) erkundigt sich nach der Entwicklung der Zahlen und möchte vorschlagen, Bürger mit doppelter Staatsangehörigkeit gezielt anzuschreiben, um die Teilnehmerzahl zu steigern. Er fragt zudem nach möglichen Methoden, die einen Anstieg der Teilnehmenden zu fördern.

Fr. Mühlenmeier erklärt, dass der HSU ein freiwilliges Angebot des Landes ist und gemäß den Vorgaben des MSB sowie in Abstimmung mit der Bezirksregierung umgesetzt wird. Auf die Frage zur Rückläufigkeit der Zahlen, weist sie auf den Erlass aus 2020 hin, wonach der Unterricht erlasskonform umgesetzt werden muss und daher der HSU im Nachmittagsbereich angeboten wird, was die Teilnahme von Familien mit jüngeren Kindern erschwert. Zudem führt sie den Rückgang auf die fortgeschrittene Integration vieler Familien zurück. Soweit der Bedarf besteht, werden auch andere Sprachen in das Angebotsspektrum des HSU integriert.

Hr. Schwarz (Die Partei) fragt nach der Frequenz des HSU-Angebots, der Größe der Gruppen und ob die Lehrkräfte, die im HSU tätig sind, auch Fachunterricht auf Deutsch an der jeweiligen Schule erteilen würden. Er möchte außerdem erfahren, wie entschieden werde, wie derzeit nicht angebotene Sprachen in das Programm aufgenommen werden könnten.

Fr. Mühlenmeier antwortet auf diese Fragen und erklärt, dass die Lehrkräfte im HSU ausschließlich in diesem Fachgebiet unterrichten und gemäß den Regelungen der Bezirksregierung qualifiziert und fortgebildet werden. Die Gruppenstärke beträgt 15-18 SuS. Es ist nicht möglich, dass jede Schule sämtliche Sprachen anbietet. Wenn es Interesse an anderen Sprachen gibt, werden die Anmeldungen gesammelt, und zusammen mit der Bezirksregierung wird ein Unterrichtsangebot erstellt. Bei Bedarf ist es den Lehrkräften möglich, zwischen zwei Schulamtsbezirken zu wechseln, wobei sie jedoch nicht an einem Tag zwischen zwei Schulämtern wechseln müssen. Unter bestimmten Umständen können sie die Standorte an einem Nachmittag wechseln. Bei der Zuordnung der SuS zu einem Schulstandort ist die Verwaltung bemüht, kurze Schulwege sicherzustellen, wobei Schülertickets verwendet werden können.

Hr. Kefeli (Integrationsrat) äußert sich und möchte anmerken, dass er den Erklärungen zu dem Rückgang der Zahlen, der auf den Erlass von 2020 zurückzuführen ist, zustimme. Er hat jedoch eine andere Meinung

bezüglich der Behauptung, dass die Nachfrage nach Türkischunterricht gesunken sei. Seiner Ansicht nach sei der Rückgang vielmehr auf den Unterricht am Nachmittag zurückzuführen. Zudem möchte er den Aussagen der guten Erreichbarkeit des HSU widersprechen. Ferner moniert er, dass die Verwaltung keine aktive Werbung für den HSU durchführe.

Fr. Mühlenmeier antwortet auf die Einwände von Hr. Kefelis (Integrationsrat) und stellt klar, dass ein regelmäßiger Austausch mit dem kommunalen Integrationszentrum stattfindet, jedoch keine gezielte Werbung für spezifische Sprachen gemacht werden könne. Die Verwaltung hat auch das Ziel, das Programm „Mehrsprachlichkeit“ zu fördern. Dieses wird in zwei Grundschulen angeboten und stellt keinen typischen HSU dar. Stattdessen geht es darum, dass zwei Lehrkräfte an den jeweiligen Schulen Projekte (musisch-künstlerischer oder sachunterrichtlicher Art) zur „Mehrsprachlichkeit“ durchführen, die von den Schulen genutzt werden können.

Hr. Kartal (Bündis 90/Die Grünen) bedankt sich bei Fr. Mühlenmeier (Schulamtsdirektorin) für ihre Erläuterungen und möchte Informationen darüber, wie lange Kinder im Durchschnitt den HSU nutzen und weshalb der HSU in Bielefeld nicht so bekannt sei. Er fragt sich außerdem, in welcher Form die Verwaltung Unterstützung wünsche, um die Bekanntheit des HSU zu erhöhen.

Fr. Mühlenmeier antwortet auf die Frage, dass die Schulsekretariate die Eltern während des Anmeldeprozesses über den HSU informieren.

Fr. Özcan ergänzt dazu, dass der HSU in Bielefeld stark vertreten ist, jedoch aufgrund des Erlasses von 2020 die Umsetzung herausfordernder geworden sei. Nähere Informationen zum HSU sind auf der Webseite des Schulamts verfügbar.

Fr. Mühlenmeier fügt dem hinzu, dass die Verwaltung des Schulamtes für die Stadt Bielefeld hervorragend aufgestellt ist.

Hr. Alich (Beratendes Mitglied/parteilos) möchte anmerken, dass das Anmeldeformular schwer verständlich sei, da lediglich durch einen QR Code auf den HSU verwiesen werde. Außerdem wüssten viele Eltern nicht, dass der HSU nicht zwingend an der eigenen Schule stattfindet.

Fr. Özcan stellt klar, dass das Anmeldeformular überarbeitet wurde. Es werden auch Sprachpräferenzen erfragt, und es gibt zusätzlich die Frage nach möglichen körperlichen Einschränkungen.

Hr. Seidel (Stadtelternrat e.V.) möchte eine präzise Antwort, welche zwei Grundschulen für das Programm „Mehrsprachlichkeit“ vorgesehen seien, damit er mit den betroffenen Eltern in Kontakt treten könne. Er hebt hervor, dass es wichtig sei, Formulare in einfacher Sprache für Eltern mit Sprachschwierigkeiten bereitzustellen.

Fr. Mühlenmeier erklärt, dass die Formulare sprachlich einfach gestaltet sind und bestätigt, dass Eltern auf Wunsch Hilfe von den Sekretariaten und Lehrkräften erhalten können.

Fr. Özcan beantwortet die Anfrage von Hr. Seidel (Stadtelternrat e.V.)

und informiert, dass die Grundschule Stieghorst und die Vogelruthschule die beiden Schulen sind, die am Programm „Mehrsprachlichkeit“ teilnehmen.

Hr. Schlifter (FDP) möchte anregen, die Interaktion mit Eltern, die ihre Kinder für den HSU anmelden möchten, zu intensivieren. Er macht den Vorschlag, die Anmeldeformulare klarer zu gestalten und Kooperationen mit dem Integrationsrat einzugehen.

Fr. Mühlenmeier entgegnet, dass die Expertisen der Lehrkräfte in den Prozess einfließen werden. Jedoch ist es wichtig, dass keine aktive Werbung bei den Eltern vorgenommen wird, um Gleichbehandlung zu gewährleisten.

Hr. Schlifter (FDP) macht den Vorschlag, dass die Verwaltung sich mit den Mitgliedern des Integrationsrats zusammenschließen, um den HSU weiter zu entwickeln.

Hr. Kartal (Bündis 90/Die Grünen) äußert, dass er den Vorschlag von Hr. Schlifter (FDP) in den Integrationsrat mitbringen möchte und erwähnt, dass dieser für einen Austausch offen sei. Er stellt sich die Frage, inwiefern die Verwaltung evaluiert, weshalb SuS ggf. nicht mehr am HSU teilnehmen und würde sich ein Feedback dazu wünschen. Zudem verstehe er nicht, ob das Vorhandensein eines Schulwegtickets erwartet werde, da nicht jedes Kind ein solches besitze.

Fr. Özcan antwortet auf die Frage, dass viele SuS aufgrund persönlicher Interessen oder anderer Verpflichtungen nicht/nicht mehr am HSU teilnehmen würden. Sie merkt an, dass der HSU mit einer Sprachprüfung am Ende der Sekundarstufe I abgeschlossen wird und eine gute Note im HSU die Leistungen in anderen Sprachfächern ausgleichen könne. Ein Schülerwegticket kann bei der Schule beantragt werden, an der auch der HSU stattfindet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Beschlussvorlage.

Zu Punkt 3.9 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Kein Bericht

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Andreas Rüter
Ausschussvorsitzender

Daniel Seifert
Geschäftsführer

Hülya Süme
Schriftführung Schule

Arne Middeldorf
Schriftführung Sport